

Bauernkinder nun doch gleichberechtigt

Im Zuge der umstrittenen Gesundheitsreform von CDU/CSU und SPD wird es nun doch keine Benachteiligung der Bauernfamilien bei der Krankenversicherung der Kinder geben. Die Pläne der Bundesregierung sahen zunächst vor, dass die Landwirte nicht von den Steuermitteln profitierten könnten, die der Bund in den Gesundheitsfonds gibt, um die Kinder der gesetzlich Versicherten beitragsfrei mitzuversichern. Minister Seehofer hatte sich auf der Grünen Woche noch hinter diesen Kabinettsbeschluss gestellt, gleichzeitig aber angekündigt, dass die Landwirte sofort mit einbezogen würden, sobald der Betrag an Steuergeldern erhöht würde. Dass die Landwirte nun schon einbezogen werden, hängt offenbar mit der Erhöhung der Steuergelderbeträge um zunächst jährlich eine Milliarde Euro zusammen, die für versicherungsfremde Leistungen eingesetzt werden sollen. *pm*

Kanada verklagt USA vor WTO

Kanada ist mit einigen Agrarsubventionen der USA nicht einverstanden und hat nun in der WTO eine Klage initiiert. Auf der Mängelliste stehen die Subventionen für die US-Maiserzeuger wie auch das Gesamtniveau der handelsverzerrenden Stützung. Kanada begründet die Klage mit Zahlungen Washingtons an die Maisproduzenten. Die haben in den vergangenen zwei Wirtschaftsjahren durchschnittlich knapp sieben Milliarden Euro erhalten. Nach Ansicht Kanadas haben diese Zahlungen die Märkte in Kanada durcheinander gebracht. Außerdem vermutet die kanadische Regierung, dass die USA ihre Obergrenze für handelsverzerrende Unterstützung überschritten hat. Sowohl die USA als auch die EU haben für die letzten Jahre noch nicht ihre Zahlungen nach Genf gemeldet. Mit diesem Fall wird in der WTO zum ersten mal wegen internen Agrarzahleungen gestritten. *bet*

Futter-Deklaration verteidigt

In der *Agrarzeitung Ernährungsdienst* wurde wie folgt über die Auseinandersetzung um die Pflicht der Futtermittelhersteller, die Inhaltstoffe des Futters offenzulegen, berichtet: „Der Versuch von Europaabgeordneten, die offene Deklaration von Mischfuttermitteln grundsätzlich abzuändern, ist gescheitert. Einige Abgeordnete wollten die Pflicht zu prozentgenauen Angaben kippen, um den Know-how-Schutz für die Hersteller zu verbessern. Der Berichterstatter Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf von den Grünen bestand dagegen auf dem Recht des Landwirts, bei Nachfrage den Prozentsatz von Einzelkomponenten zu erfahren. Die Abgeordneten einigten sich auf einen Waffenstillstand. Sie hielten sich streng an ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes und damit an den Kommissionsvorschlag. So bleibt es dabei, dass die Mischfutterhersteller die Prozentsätze mit einer Toleranz von 15 Prozent kennzeichnen müssen. Der Kunde hat aber zukünftig nicht mehr das Recht, den genauen Prozentsatz zu erfahren.“ *pm*

Münchener Gericht zur CMA-Abgabe

Pressemitteilungen des Deutschen Bauernverbands (DBV) haben bei einigen den Eindruck erweckt, als hätte das Verwaltungsgericht München sich in der Sache zu der Verfassungsmäßigkeit des Absatzfondsgesetzes geäußert. Angeführt wird ein Klageverfahren einer bayerischen Molkerei gegen die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft. Die Landesanstalt zieht in Bayern von Molkereien u.a. die Beiträge an den Absatzfonds („CMA-Abgabe“) ein. Die Molkerei hatte nicht nur Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt und sich dabei auf das laufende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht berufen. Vielmehr wollte die Molkerei auch durchsetzen, dass sie ab sofort die mit Widerspruch behafteten Beiträge nicht mehr zahlen muss. Das Verwaltungsgericht München hat diese Klage abgewiesen, so dass die Molkerei die Beiträge weiter zahlen muss. Der Widerspruch ist von der Entscheidung nicht berührt, d.h. für den Fall, dass das Absatzfondsgesetz in Karlsruhe kippt, bekommt die Molkerei die Beiträge, gegen die sie Widerspruch eingelegt hat, zurück. Die Münchener Richter hatten lediglich festzustellen, ob die Wahrscheinlichkeit, dass Karlsruhe das Absatzfondsgesetz kippt, größer ist als seine Bestätigung. Wäre das der Fall, hätte die Klage Aussichten auf Erfolg gehabt. Die Münchener sehen aber das Verfahren in Karlsruhe als „völlig offen“ an. In solchen Fällen müssen Abgaben und Steuern gezahlt werden (AZ M 18 S 06.4166). *uj*

Kurzes am Rande

Sonnleitner freut sich auf Klagen

Bald sollen Widersprüche gegen „CMA-Abgabe“ abgelehnt werden. Dann bliebe nur der Klageweg. Grundlage ist ein Gesetzentwurf

Auf der Grünen Woche gab sich der ADBV-Präsident Gerd Sonnleitner zuversichtlich, dass die Finanzmisere der CMA bald aufgehoben werde. Denn die Bundesregierung habe einen Gesetzentwurf zur Änderung des Absatzfondsgesetzes vorgelegt, der im Mai/Juni beschlossen werde. Dann, so Sonnleitners Interpretation, sei eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen. Auf dieser Grundlage werde es dann vorbei sein damit, dass Widersprüche gegen die Bescheide zur „CMA-Zwangsabgabe“ einfach rechtswirksam angenommen werden. Dann würden die Widersprüche ablehnend beschieden. Für die Unternehmen, die den Widerspruch dann rechtswirksam halten wollen, bliebe nur der Klageweg, und der koste Geld, so Sonnleitner. Bekanntlich hat ein großer Teil der abgabepflichtigen Unternehmen – es wird von 40 bis 50 % gesprochen – Widerspruch gegen

Bauern eingezogen. Beachtlich ist auch, dass Sonnleitner sich darüber auslässt, wie mit Widersprüchen umgegangen wird. Denn weder der DBV noch der Absatzfonds, dessen Verwaltungsrat Sonnleitner vorsitzt, hat mit den Abgabebescheiden und den Widersprüchen zu tun. Das ist letztlich allein Sache der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft (BLE), die dem Bundesministerium untersteht.

Gesetzentwurf

Grundlage für Sonnleitners Zuversicht, bald wieder mehr Bauerngelder bei der CMA landen zu sehen, ist ein Gesetzentwurf des Bundesministeriums (BMELV), der kurz vor Weihnachten vom Bundeskabinett angenommen worden ist. Allerdings handelt es sich nur um eine „kleine Novelle“, die am Absatzfondsgesetz nur technische Änderungen vornimmt. Alle

Änderungen gehen auf die Kritik des Verwaltungsgerichts Köln am Absatzfondsgesetz in keiner Weise ein. Die Kölner Richter sind in einem Klageverfahren zu dem Schluss gekommen, dass das geltende Gesetz mit dem Grundgesetz nicht mehr vereinbar sei, und haben das Bundesverfassungsgericht zur Klärung dieser Frage angerufen.

Sonnleitners Hoffnung stützt sich allein auf den Text der „Begründung“ der



DBV-Präsident Sonnleitner hatte auf der Grünen Woche seine wahre Freude. Foto: IGW

die Abgabenbescheide eingelegt. Damit wollen sie sich das Geld für den Fall sichern, dass das Bundesverfassungsgericht in einem anhängigen Verfahren (AZ 13 K 2230/05) das Absatzfondsgesetz und damit die Zwangsabgabe für verfassungswidrig erklärt. Fällt das Gesetz, muss der Absatzfonds das Geld an die Unternehmen zurückzahlen, die Widerspruch eingelegt haben. Dieser Umstand sorgt dafür, dass der Absatzfonds das Geld, das mit einem Widerspruch belegt ist, nicht der CMA weiterreichen kann, weshalb die CMA ihren Haushalt 2007 um 50 Prozent kürzen musste.

Wenn den Unternehmen nun nur der Klageweg bleibt, um die Abgaben zwar weiter zu zahlen, aber eben nur unter Vorbehalt, dann – so gab Sonnleitner zu verstehen – würden es sich viele Unternehmen überlegen.

Bemerkenswert ist an Sonnleitners Äußerungen nicht nur sein Verhalten gegenüber all den Bauern und Bäuerinnen, die ihre Molkereien, Schlachthöfe oder anderen Abnehmer zum Widerspruch aufgefordert haben. Denn letztlich werden die Abgaben bei den

Novelle. Darin legt die Bundesregierung außergewöhnlich ausführlich ihre Sicht über die angeblich hohe Bedeutung der CMA für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft dar. Offenbar soll damit das Signal an Karlsruhe gesendet werden, dass der Gesetzgeber sich voll hinter Absatzfonds und CMA stellt.

Ob die Karlsruher Richter sich von den Ausführungen der Bundesregierung beeindrucken lassen, bleibt abzuwarten, denn sie werden nicht vor Ende 2008 entscheiden. Fraglich ist aber auch, ob die Strategie von DBV, CMA und Bundesregierung aufgeht, wonach die Gesetzesänderung ausreicht, um die Widersprüche gegen die Beitragsbescheide abzuschmettern. Es geht weiter, nun wieder vor Gericht. *uj*

Anzeige

An alle CMA Beitragszahler (also eigentlich alle Landwirte)

Informieren Sie sich über den Hintergrund des CMA-Rechtstreits sowie die Möglichkeiten des Widerspruchs gegen die Zahlungen unter:

www.absatzfonds-absetzen.de

CMA: Bauerngeld für Industrie-Interessen

Deutscher Bauernverband als Handlanger der Industrie

Seit die „Centrale Marketinggesellschaft“ der deutschen Agrarwirtschaft“, kurz CMA, im Jahre 1970 staatlich eingeführt wurde, um den „Absatz deutscher Agrarprodukte zu fördern“, war sie Bauern ein Ärgernis. Das lag zum einen daran, dass ihnen durch den gesetzlichen „Absatzfonds“ bei jedem Verkauf ihrer Produkte ein Prozentsatz von ca. 0,4 Prozent zwangs-abgezogen wurde. Zum anderen wurde bald deutlich, dass von der stattlichen Summe (2006 ca. 90 Mio. Euro), also von Bauerngeldern, die Werbung der Ernährungswirtschaft und des Handels für deren Produkte subventioniert wurde.

Diese Regelung entsprach der Doktrin des Deutschen Bauernverbands (DBV), die sich so zusammenfassen lässt: Je besser es der „aufnehmenden Hand“ geht, also den Abnehmern im „nachgelagerten Sektor“, den Großgenossenschaften (Landhandel, Molkereien, Schlachtereien) und der übrigen Ernährungswirtschaft, desto besser wird es infolgedessen auch den Bauern gehen. Die Realität zeigte und zeigt allerdings, dass die Konzerne der Ernährungsindustrie ihre Gewinne keineswegs an die Bauern weitergeben oder „durchsickern“ lassen.

DBV für Industrie-Interessen

Im Gegenteil: Diese ernährungsindustrielle orientierte Politik führt dazu, dass die Interessenvertretung der Bauern gegenüber den direkten Abnehmern ihrer Produkte vom DBV vernachlässigt, diskreditiert oder sogar unterbunden wird (z.B. Milchlieferstreiks gegenüber Molkereien, Forderungen nach genauer Deklaration der Einzelkomponenten im Mischfutter). Wo die Unzufriedenheit der Bauern zu groß wird, z.B. wegen des Lebensmitteldumpings der Handelskonzerne, da organisiert die DBV-Spitze dann Aktionen, die im wesentlichen den „Schulterschluss“ der Bauern mit den Molkereien fördern sollen. Einen höheren Milchpreis aber muss man letztlich gegenüber der Molkerei durchsetzen, denn den zahlen nicht Lidl und auch nicht Aldi.

Die CMA ist Ausdruck dieser DBV-Strategie. Man sieht es nicht nur an der Zusammensetzung der aufgeblähten Gremien des Absatzfonds und seiner „Durchführungsgesellschaften“ CMA und ZMP. Man sieht es auch an der Vielzahl der Posten vieler Bauernverbandsvertreter in den Unternehmen der Ernährungsindustrie. Mögen diese aus dem Bestreben nach „bäuerlicher Einflussnahme“ oder aus gut-bezahlter „Postenjägerei“ resultieren – das Resultat scheint immer gleich: vor allem eine starke Einflussnahme der Ernährungsindustrie auf den DBV. Daran ändert auch eine noch weiter erhöhte Zahl von DBV-Vertretern im Absatzfonds nichts.

Es ist kein Wunder, wenn beim „Erlebnisbauernhof“ auf der Grünen Woche der DBV Arm in Arm mit Lidl, Fleischkonzernen, der Ernährungsindustrie und der agrarindustrie-dominierten „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL) auftritt. Oder wenn der Verband auf der „Eurotier“ für die neue Variante der Käfighaltung („Kleingruppenhaltung“) wirbt, gemeinsam mit den agrarindustriell dominierten Verbänden Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft und dem Bundesverband Deutsches Ei. Oder wenn er gegenüber den Zuchtkonzernen in Fragen der grünen Gentechnik oder der bäuerlichen Nachbau-Lizenzen allzu nachgiebig agiert.

Sogar auf die Seiten von *top agrar* dringt Kritik, wonach auf Druck „einzelner CMA-Gesellschafter“ die Preisvergleiche für Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel unterbleiben, bei den Schweinepreisen die Namen der Schlachtereien nicht genannt werden oder die ZMP-Einstellung „zu handelsfreundlich“ sei. Ein Milchbauer: „Wir zahlen dafür, dass unsere Abnehmer besser dastehen.“

CMA ohne Nutzen

In letzter Zeit ist die CMA vor allem auf juristischem Wege in Schwierigkeiten gebracht worden (die Bauernstimme berichtete, siehe auch S. 4). Kritiker wie der Hohenheimer Professor Tilman Becker weisen aber schon lange darauf hin, dass die CMA-Gemeinschafts-Werbung keine positiven Effekte für die Bauern erbringen könne: Es sei insgesamt nicht sinnvoll, z. B. für Käse zu werben auf Kosten des Wurstverzehr – und in der folgenden

Wurst-Werbekampagne wieder umgekehrt („Kannibalmuseffekt“). So sei die teure Sportschau-Werbung denn auch im wesentlichen eine Werbung für die CMA selber, um angehäufte 260-Millionen-Rücklagen rasch vor dem drohenden Zugriff des Staates zu „verbrennen“.

Speziell für die deutsche Herkunft von Agrarprodukten darf die CMA ohnehin schon lange nicht mehr werben – das verbieten die Wettbewerbsregeln der EU. Aber auch vorher war mehr als zweifelhaft, ob die Verbraucher unter dem Eindruck der CMA-Werbung wirklich gezielt nach „deutscher Ware“ fragten: Garantierten die CMA-Qualitätssiegel doch kaum mehr als die – ohnehin gültige – Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. So kam die Werbung auch ausländischen Herstellern und Anbietern zugute – kein Wunder, dass sich z.B. die holländische Blumenindustrie finanziell zu fast 50 Prozent an der „deutschen Blumenwerbung“ beteiligte ...

CMA abschaffen!

Angesichts all dieser Fakten ist es kein Wunder, dass die Forderung nach Abschaffung der CMA bei Bauern hohe Akzeptanz findet. Es bliebe den Firmen der Ernährungsindustrie und des Agribusiness natürlich unbenommen, weiterhin Werbung und Exportförderung zu betreiben – dann allerdings mit eigenem Geld. Und die Bauern könnten mit den CMA-Millionen auf ihren Höfen – individuell oder kooperativ – endlich effektive Maßnahmen finanzieren: für den regionalen Absatz bäuerlicher Qualitätsprodukte und für bessere Erzeugerpreise.

gf



DBV zu Lidl

Der „Erlebnisbauernhof“ von CMA, DBV, FNL auf der Grünen Woche (IGW) stand ganz im Zeichen des Discounters Lidl. In DBV-Schreiben dazu heißt es: „Das Ausstellungskonzept von Lidl ist: ... ausschließlich deutsche Produkte und deren Vorzüge darzustellen...“. Und weiter: „Für die deutschen Bauern ist die Beteiligung von Lidl ... interessant: Mit der erfolgreichen Expansionspolitik des Unternehmens – v.a. in Süd- und Osteuropa – werden Lebensmittelprodukte deutscher Herkunft im Ausland ... verstärkt verkauft.“ Nicht zuletzt: „Unmittelbarer Image-Nutzen für den Ausstellungsbeitrag der deutschen Landwirtschaft auf der IGW durch millionenfache Werbung ohne Kostenbelastung der Landwirte“.

Mitglieder des Absatzfonds-Verwaltungsrats

Für den Zentralausschuss der Deutschen Landwirtschaft:

Gerd Sonnleitner (Vorsitzender, DBV-Präsident, Beirat BayWa AG, Aufsichtsratsvors. Dt. Landwirtschaftsverlag, Präsidium Deutscher Raiffeisenverband DRV, Aufsichtsratsvors. Dt. Milchkontor GmbH, Verwaltungsratsvors. Ldw. Rentenbank, Verwaltungsrat KfW, Aufsichtsrat R+V-Lebensversicherung, Vorsitzender der FNL, Aufsichtsratsvors. der Land-Data GmbH, usw. ...), **Leo Siebers** (Vorstand der DLG, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Dt. Rinderzüchter ADR u.a.), **Alfons Geerdes** (Präsidium RLV, u.a.), **Reinhard Stieglitz** (Raiffeisen-Warenzentrale Kurhessen-Thüringen), **Karl Meise** (ehem. Präsident Landwirtschaftskammer NRW, Verwaltungsrat Ldw. Rentenbank u.a.), **Franz-Josef Möllers** (Präsident Westf.-Lippischer Landwirtschaftsverband, Präsidialausschuss DRV, Aufsichtsratsvors. Agravis Raiffeisen AG Münster, Aufsichtsratsvors. Bodenkreditbank „Westfälische Landschaft“, Beirat der R+V Allg. Versicherung AG, Beirat Westf. Provinzialversicherung, Aufsichtsratsvors. Landwirtschaftsverlag GmbH Münster-Hiltrup u.a.), **Otto-Dietrich Steensen** (Bauernverband SH, Verwaltungsrat Rentenbank u.a.),

Für die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie: **Goetz von Engelbrechten** (Aufsichtsrat Nordzucker AG, Aufsichtsrat KWS u.a.)

Für den Zentralverband des Handwerks: **Dr. Eberhard Groebel**

Für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels: **Manfred Härtl** (Unifleisch/Contifleisch-Gruppe)

Für den Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels:

Michael Gerling

Für den Aufsichtsrat der CMA:

Friedhelm Decker (Präsident Rheinischer Ldw.-Verband, Vorstand Raiffeisen-Warenzentrale Rhein u.a.), **Robert Hofmeister** (Hofmeister-Unternehmensgruppe, Milchindustrieverband), **Manfred Nüssel** (Präsident DRV, Verwaltungsrat Rentenbank, Aufsichtsratsvors. BayWa AG u.a.)

Für den Bundesverband der Verbraucherzentralen:

Prof. Dr. Edda Müller (vzbv)

Für den Ökol. Landbau: **Thomas Dosch** (Bioland)

Für den Tierschutz: **Wolfgang Apel** (Tierschutzbund)

Für den Umweltschutz: **Josef Göppel** (MdB, DVL)

Für die Bundestagsfraktionen: **Marlene Mortler** (CDU/CSU),

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU), **Gustav Herzog** (SPD),

Marianne Schieder (SPD), **Ulrike Höfken** (B.90/Die Grünen)

Für die Bundesministerien: **Dr. Theo Seegers** (BMELV), **Kurt Büss** (BMWi), **Wilhelm Rissmann** (BMF)

(Stand: 31.12.2006)